

## Rede der Fraktion BergAUF zum Doppelhaushalt 2010/2011 und zum Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergkamen am 18.03.2010 (Wortlaut der gehaltenen Rede)

Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

vielleicht geht es Ihnen ja genau so: Wenn man in der letzten Zeit das wirtschaftliche und politische Geschehen beobachtet, kommt man sich bisweilen vor wie im falschen Film.

Da verzocken die Großbanken und ihre Spekulanten hunderte von Milliarden, weil sie den Hals nicht voll kriegen, dann schießen die Regierungen ihnen und den plötzlich Not leidenden Großkonzernen noch mehr Milliarden zu. Und während die mit unserem Geld bereits wieder die nächste Spekulation anheizen, zum Beispiel mit so genannten Credit Default Swaps in Höhe von 6 Billionen \$ auf die Pleite Griechenlands setzen, sollen wir für ihre Krise bluten. So gingen jetzt erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg sogar die Bruttolöhne zurück, immer mehr Familien, Kinder und Rentner verarmen zusehends, und Hunderttausende werden zusätzlich ihren Job verlieren.

Dies alles verschärft noch die, in der die Stadt Bergkamen schon seit Jahren steckt - wie fast alle Kommunen in NRW.

Sicher, die Kämmerei hatte die undankbare Aufgabe, einen Haushalt und ein HSK vorzulegen, der von „Oben“ genehmigt werden kann. Leider können die Mitarbeiter dort nicht danach fragen, was wohl von „unten“ genehmigt werden würde. Dennoch ist das Ergebnis ihrer Arbeit recht übersichtlich und handwerklich solide. Vielen Dank dafür!

Aber mit dem Inhalt können wir so nicht einverstanden sein. Denn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, wollen als Mehrheitsfraktion die Lasten gerade auf die abwälzen, die am Allerwenigsten dafür können und ohnehin nicht mehr viel haben. Nicht mit uns!

**Wir begrüßen es ausdrücklich, wenn sich nun die von der Kürzung der Kindergartenzuschüsse und der Erhöhung der Elternbeiträge betroffenen Eltern hier zusammengetan haben, um entschlossen für ihre Forderungen einzutreten.**

Denn wenn, Sie, Herr Kampmeier, im Namen der SPD den Menschen predigen, „Verzicht, Verzicht, Verzicht“, wie Sie gerade ausdrücklich betonten, dann sagen wir: Die Mehrheit der Bevölkerung, die allen Reichtum hier in der Gesellschaft geschaffen hat, hat überhaupt keinen Grund, zu verzichten. Der Einsatz der Eltern heute sollte ein guter Anfang im Sinne des Mottos

**„Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!“**

Schließlich wird es nichts bringen, wenn wir uns an die weltweit 793 Milliardäre mit ihrem 2-Biollionen-Dollar-Vermögen wenden. Die könnten zum Beispiel die 43 Mrd. €, die Griechenland zur Refinanzierung fälliger Staatsschulden aufbringen muss, aus ihrer Zinsschatulle begleichen! Kaum Vorstellbar!

Ein Ergebnis dieser ganzen Entwicklung ist: 70 % der Deutschen haben das Vertrauen in Politik und Wirtschaft verloren!! So eine ganz aktuelle Studie der nicht als links verschrienen Bertelsmann-Stiftung. In Ihre Parteien, meine Damen und Herren, die ja alle in den letzten 10 Jahren schon mal Regierungspartei waren oder noch sind, hat das Volk das Vertrauen zunehmend verloren! Da hilft es auch nicht weiter, wenn Sie, Herr Kampmeier, ganz im Sinne eine Wählerbeschimpfung dem Volk vorhalten, es hätte einfach die Falschen gewählt. Schließlich war es zu Zeiten, als Ihre Partei in der Regierung saß, auch nicht besser!

Hören Sie also bitte damit auf, ständig von „Einsparungen, Sparhaushalt“ usw. sprechen, um so den Eindruck zu erwecken, es würde dadurch irgendetwas gespart, was man hinterher wieder ausgeben kann. Das glaubt ihnen sowieso keiner mehr.

Zweifellos ist die finanzielle Lage der Stadt als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise noch viel ernster als bisher. Dabei ist klar: Die stetige Verschuldung ist - von kleineren Ausnahmen abgesehen - nicht das Ergebnis verfehlter Entscheidungen auf kommunaler Ebene in Bergkamen, sondern hat systemische Ursachen in der Umverteilung kommunaler Finanzen. Aufgrund dieser Tatsache kann von der grundgesetzlich verbrieften kommunalen Selbstverwaltung kaum die Rede sein.

Die Frage ist nur, wie gehen wir als Rat mit diesen Erkenntnissen um?  
Wir sehen prinzipiell zwei Alternativen:

**Entweder** man knirscht mit den Zähnen und versucht wie bisher, auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit Ausgaben zu kürzen und Leistungen zu streichen, während man uns tiefer in die Taschen greift und von „Konsolidierung“ und von „Sparhaushalt“ spricht.

**Oder** man macht den Mund auf, lehnt die Mehrbelastung für die Masse der Bergkamener ab und sucht neue, vielleicht auch ungewöhnliche Wege, um dem Schuldenberg zu begegnen.

In diese Richtung geht unser Antrag für ein Schuldenmoratorium, der darauf abzielt, nach einer Entschuldung der Städte und Gemeinden eine generelle Änderung der Gemeindefinanzierung auf den Weg zu bringen, die diesen mehr Handlungsspielraum lässt.

Welchen Weg schlägt die SPD-Verwaltungsspitze mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf und dem Haushaltssicherungskonzept vor?

Das **Haushaltssicherungskonzept** in der vorliegenden Fassung will vor allem auf Lasten der Bevölkerung den Haushalt „konsolidieren“.

Bereits in der Haushaltsrede von 2008 hat unsere Fraktion hier an dieser Stelle erklärt, was heute, zwei Jahre später, die Spatzen von den Dächern pfeifen:

*„Die hoffnungslose Verschuldung zahlreicher Gemeinden kann von diesen nicht aus eigener Kraft überwunden werden, weil sie strukturell bedingt sind.“*

Alle, die dieses HSK für gut heißen, erwecken bis heute den Eindruck, man könne das Problem lösen, indem man die Bevölkerung mehr belastet. Alle, die dieses HSK für gut heißen, erklären ihr Einverständnis, gemäß dem „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ alles, aber auch alles dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit zu unterstellen. Wir sehen aber überhaupt nicht ein, warum man mit Kindererziehung, Jugendbetreuung oder Gesundheitsvorsorge Gewinn machen muss. Das ruiniert das ganze Gemeinwesen der Gesellschaft. Damit treibt man die Umverteilung der Gelder in die Taschen der Großbanken und Großkonzerne voran - genau die aber sind hauptverantwortlich dafür, dass die Kommunen bereits heute ausgequetscht sind wie eine Zitrone.

Bei der Mehrheit der Bevölkerung ist dies auch der Fall. Seit dem Jahr 2000 haben wir in Bergkamen bei der Grundsteuer B, den Gebühren für Abwasser, Niederschlagswasser und Müll zusammen eine Steigerung um 49,63%. Das ist ein Beitrag zur zunehmenden Verarmung, die durch allgemeine Preissteigerung, wachsende Arbeitslosigkeit und höhere Steuern vorangetrieben wird. Wurde dadurch irgendetwas „konsolidiert“? Mitnichten!

In gleichen Zeitraum stiegen nämlich die Zinszahlungen der Stadt an die Banken um mehr als das Doppelte auf voraussichtlich 3,5 Mio. € pro Jahr. Was könnte man damit nicht alles finanzieren! Wir haben nachgerechnet: alle Elternbeiträge für die Kindergärten, die Sportförderung, die 678 T€ für die Realschulen, 426 T€ für Jugendeinrichtungen, die Stadtbibliothek - und immer noch wären 330 T€ übrig.

Eine längerfristige Besserung wird es nur geben, wenn strukturelle Änderungen an der Gemeindefinanzierung vorgenommen werden, wie unsere Fraktion dies seit ihrem Bestehen fordert. Das wird ja inzwischen landauf landab diskutiert, weil vor allem die Kassenkredite im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise „regelrecht explodierten“. (so die neueste Bertelsmann-Studie) In Bergkamen liegt die Pro-Kopf-Verschuldung zwar niedriger als in vielen anderen Städten und liegt „nur“ bei 1935 Euro pro Einwohner. Der Mittelwert liegt bei 2588 Euro. Aber die Kassenkredite, die auf bis zu 70 Mio. € steigen sollen, sind auch hier untragbar hoch.

Deshalb bleibt eine wirkliche Konsolidierung des Haushaltes trotz aller HSK-Maßnahmen und sonstiger Haushaltskürzungen nur ein Fata Morgana. Das wissen Sie, Herr Bürgermeister, ebenso wie die Mitarbeiter der Kämmerei, und, wenn Sie ehrlich sind, werden sie das auch zugeben.

Nun sagte ja bereits Frau Middendorf von der CDU, der Haushalt stünde auf tönernen Füßen.

Es ist wohl auch der Kämmerei klar, dass dies nur eine Frage der Rechenkunst ist.

Zumal im Haushalt noch bestimmte Posten außen vor bleiben, die fest geplant sind. So zum Beispiel die 6,3 Mio. €, die Sie für die Wasserstadt Aden bereitstellen wollen, ein Projekt, das dem RAG-Konzern viel, der Bevölkerungsmehrheit aber so gut wie gar nicht nützt, dessen wirtschaftliche Machbarkeit zudem längst nicht erwiesen ist. Wenn die RAG ein so großes Interesse daran hat, warum investiert sie dann nicht selbst, sondern will dies aus Steuermitteln finanzieren lassen?

Ein weiterer Brocken ist die Belastung durch „Hartz IV“, das bei wachsender Arbeitslosigkeit die Kommunen bereits jetzt überfordert. Der Bund wird seine

Beteiligung an den Unterbringungskosten weiter zurückfahren, offen ist noch, in welcher Größenordnung. Das wird die Finanznot der Städte und Gemeinden weiter verschärfen.

Deshalb fordern wir nach wie vor, inzwischen aber im Gleichklang mit zahlreichen Sozialverbänden und anderen Organisationen:

**Hartz IV muss weg!**, weil es unter anderem die Armut steigert und die Kommunen ausbluten lässt.

Kurz vor der Landtagswahl greift nun auch die SPD diese Stimmung auf, will aber lediglich ein paar mehr kosmetische Korrekturen. Man darf gespannt sein, was nach der Wahl daraus wird.

Doch nun zu den wichtigsten Posten des Haushaltssicherungskonzeptes .

Da es zunächst darum geht, Geld in die Kasse zu bekommen, wollen wir an dieser Stellschraube drehen.

Inzwischen ist bekannt: die Sparkassen sind einer der großen Gewinner der Finanzkrise, auch hier in der Region liegen die Gewinne über 200 Mio. € Auf der Internet-Seite der Sparkasse Bergkamen-Bönen ist jüngst zu erfahren: 2009 wurden trotz der Wirtschaftskrise rund 5 Prozent mehr Kredite an Unternehmen vergeben, ein Rekordniveau. Nun sollen 550 Millionen Euro zusätzliche Mittel für Eigenkapitalfinanzierungen bereitgestellt werden.

Was liegt da näher, als eine **Gewinnausschüttung der Stadtparkasse** an die beteiligten Städte **unmittelbar zu veranlassen**, also bereits für 2010 und zwar in einer Höhe von 400.000 € pro Jahr, zumal das neue Sparkassengesetz dies seit 2008 erleichtert?

Das würde bis 2014 immerhin 2 Mio. € in die Stadtkasse bringen.

Die nächste Maßnahme ist die **Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes**. Wir haben in unsere Begründung dargelegt, warum dies bei ständig rückläufigen Gewerbesteuereinnahmen mehr als gerechtfertigt ist. Nachzutragen wäre noch, dass Steuersatz ja in 2007 von 5 auf 3,5 % gesenkt wurde.

Das Argument, die Anhebung würde vor allem den kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden treffen, ist nicht stichhaltig, weil diese zum großen Teil die Gewerbesteuer mit der zu zahlenden Einkommenssteuer verrechnen können. Und es stimmt eben nicht, Herr Kampmeier, dass die Anhebung zu einer Senkung der Schlüsselzuweisungen führte, weil diese, wie Sie sagen, vor allem von der Gewerbesteuer abhängen. Die Schlüsselzuweisungen hängen nämlich von der gesamten Steuerkraft der Kommune ab und werden durch einen höheren Hebsatz bei der Gewerbesteuer innerhalb eines bestimmten Korridors nicht negativ beeinflusst.

Nun geht es zu den **Grausamkeiten**, die Sie der Bevölkerung zumuten wollen und die wir **rundweg ablehnen**. Mit einer kleinen Ausnahme:

Die Erhöhungen der Hundesteuer halten wir für vertretbar, allerdings nur dann, wenn im Gegenzug alle armen Menschen, die Grundsicherung beziehen, von der Hundesteuer freigestellt werden.

Nun spottet Herr Kampmeier über die Begründung unseres Antrags, weil es darin heißt, der Antrag spräche für sich.

Damit sich die vielen ZuhörerInnen auf der Tribüne ein Urteil bilden können, lese ich den Antrag einfach mal vor:

*„Einwohner, die Leistungen im Sinne der Grundsicherung (SGB II und SGB XII) beziehen, sind beim ersten Hund von der Hundesteuer freizustellen.“*

Für alle, die nicht verstehen oder nicht verstehen wollen, sei der Abtrag hier noch mal erklärt: Arme und alte Menschen sollen für den ersten Hund keine Hundesteuer bezahlen, weil sie sich das nicht leisten können.

Wenn Sie das jetzt alle verstanden haben, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, dann können sie dem ja wohl zustimmen.

Und wenn wir gerade dabei sind: Liebe ZuhörerInnen auf der Tribüne, Frau Middendorf sagte gerade, die CDU hätte unsere Anträge gar nicht verstanden. Deshalb noch eine Kostprobe:

Ein Antrag zur Jugend lautet: „Die Maßnahmen der Ferienmaßnahmen und Ferienfahrten sind wie bisher in Höhe von 39.000€ bereitzustellen. Die Kürzung ab 2012 um 14.000€ ist abzulehnen.“ **Begründung:** „Die Ferienfahrten und Ferienaktionen sind für viele Jugendliche aus einkommensschwachen Familien eine der wenigen Ferienvergnügungen. Hier sollte nicht gekürzt werden.“

Ist das nicht alles klar und eindeutig?? Ich glaube eher, Herr Kampmeier und Frau Middendorf, Sie wollen das gar nicht verstehen, damit Sie sich nicht dazu äußern müssen. Was sollten Sie dem sachlich auch entgegenhalten?

Die Wichtigsten Anträge für uns sind die, dass es **keine Erhöhung der Elternbeiträge** für die Kindergärten gibt. Darüber hinaus fordern wir die **völlige Beitragsfreiheit für den Kindergartenbesuch!**

Bildung ist eine staatliche Aufgabe und muss staatlich finanziert werden! Punkt!

Für diese Forderung tritt BergAUF seit vielen Jahren aktiv ein und inzwischen sind nach offiziellen Verlautbarungen alle Fraktionen darauf eingeschwenkt. Die SPD lehnt sich mit ihrer Spitzenkandidatin Kraft-voll aus dem Fenster und verspricht, im Fall des Falles die Beitragsfreiheit einzuführen. Man darf gespannt sein!

Es dürfte also eigentlich keine Frage sein, dass sowohl die Ablehnung dieser HSK-Maßnahme wie auch unser entsprechender Antrag zum Haushaltsentwurf, die Elternbeitragsquote bei den Kindertageseinrichtungen auf Null zu setzen, die einhellige Zustimmung des Rates finden müsste - eigentlich!

Was die Jugend betrifft: Die Ausgaben für Jugendliche, die nicht mehr in der Familie leben können, sind stark angestiegen. Aber anstatt mehr Maßnahmen zu finanzieren, wenn das "Kind in den Brunnen gefallen ist", sollten wir mehr dafür ausgeben, den Jugendlichen mehr Gelegenheit zu geben, sich mit Ihresgleichen zu treffen, sich auszutauschen, voneinander zu lernen, gemeinsam und kreativ die Freizeit und das Leben zu gestalten. Das ist aus neurobiologischer Sicht das Allerwichtigste für eine gesunde Entwicklung junger Menschen. Auch durch noch so gut vernetzte PC-Spiele kann dies nicht ersetzt werden.

Hier besteht in Bergkamen nach wie vor Bedarf an einem zusätzlichen Raumangebot für Treffs ohne Konsumzwang, da die vorhandenen Jugendzentren diesen Bedarf nicht decken können.

Außerdem möchten wir anregen, in den Jugendeinrichtungen gezielt und kontinuierlich die antifaschistische Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu verstärken. Der neofaschistische Überfall auf das GAL-Zentrum in Kamen unterstreicht ganz aktuell die Notwendigkeit.

Gerade in Zeiten wachsender Not - das lehrt die Geschichte - macht sich diese braune Pest wieder stark und bietet scheinbare Auswege an, für die Jugendliche teils empfänglich sind. Dem gilt es frühzeitig entgegenzutreten.

Nun noch eine Sache, die den Oberadenern besonders am Herzen liegt: Die Kleinschwimmhalle muss erhalten bleiben. Dies ist für viele, besonders ältere Menschen die einzige realistische Möglichkeit, schwimmen zu gehen. Auch das Schulschwimmen ist hier organisatorisch wesentlich einfacher durchzuführen als im Schwimmbad Mitte. Deshalb fordern wir die Verwaltung auf, mit der GSW Verhandlungen über eine Übernahme der Kleinschwimmhalle zu führen.

Die Kürzungen im Kulturbereich halten wir generell für nicht vertretbar. Da sind zunächst einmal die VHS-Kurse. Wir fragten uns: Wie kann man überhaupt auf die Idee kommen, gerade diesen Menschen, für die der nachträgliche Hauptschulabschluss oft die letzte berufliche Hoffnung ist, Steine in Form von Kursgebühren in den Weg zu legen.

Vom Tisch muss auch die Kürzung der Dozentenonorare. Es handelt sich ja nicht um irgendwelche hoch bezahlten Hochschuldozenten, sondern zumeist um Menschen, die trotz guter, oft akademischer Ausbildung, entweder keinen festen Job haben oder auf einen Nebenjob angewiesen sind. Bei den ohnehin schon niedrigen Honoraren ist eine weitere Kürzung nicht zumutbar.

Zu den Kürzungen im kulturellen Bereich möchte ich nicht mehr viel sagen. Aber auch die Verteuerung der anderen Kurse, der Musikschulgebühren, der Leihgebühren für die Stadtbücherei sind allesamt abzulehnen. Dies wurde ja von anderen Fraktionen bereits ausgeführt und auch die CDU hat, ähnlich wie BergAUF, entsprechende Anträge gestellt.

Allerdings: Es bleibt das Geheimnis der Grünen und ihres Fraktionsvorsitzenden Sparringa, wenn sie einerseits gegen die Kürzungen im Kulturbereich sind, aber dennoch keine Anträge stellen und dem HSK wie auch dem Haushalt mit einem nur leisen Murren zustimmen. Kann man sich denn weiter von irgendwelchen ursprünglich formulierten „grünen Zielen“ entfernen? Ist diese Anbiederung an die SPD der Preis für die vage Hoffnung, nach dem 8. Mai vielleicht als Regierungspartner Berücksichtigung zu finden?

BergAUF jedenfalls wird dem HSK und dem Haushaltsentwurf nur zustimmen, wenn die wichtigsten unserer Anträge angenommen und die beiden Entwürfe dadurch substantiell verändert werden. Den Menschen in unserer Stadt würde dies gut tun und es wäre ein Signal über Bergkamen hinaus, den Weg in die Schuldenfalle zu stoppen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit